

Dienstag, 24. November 2026, 15:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Blockparteien und Überwachung

Viele Ostdeutsche fühlen sich durch aktuelle Entwicklungen an die Zeit vor dem Mauerfall erinnert. Wie viel DDR steckt in der BRD? Ein Auszug aus „Besserwessi und Jammerossi — kein Happy End!“.

von Sven Brajer
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (FOTOGRIN, elxeneize)

Wenn Gesellschaften tiefgreifende Brüche erleben,

entwickelt sich ein ausgeprägtes Sensorium für staatliche Übergriffigkeit. Im östlichen Teil Deutschlands existiert bis heute ein politisches Narbengewebe, das sensibel auf Veränderungen im gesellschaftlichen und staatlichen Klima reagiert. Die Erinnerungen an die Enge der SED-Diktatur, den Grauschleier des real existierenden Sozialismus und die omnipräsente staatliche Bevormundung sind in den Biografieverläufen und familiären Prägungen auch der in den 1980er- und frühen Nachwendejahren Geborenen bis heute lebendig geblieben. Der Herbst 1989 war im Grunde die politische Selbstermächtigung der DDR-Bürger, die allerdings nur unter den „passenden" außenpolitischen Vorzeichen funktionieren konnte: das Abschütteln eines staatlichen Anmaßungskomplexes, das Verlangen nach Eigentum und freier Marktwirtschaft, Meinungs- und Reisefreiheit und der unbedingten Autonomie über das eigene Leben trieb die Leute auf die Straße. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs erfolgte der Beitritt zu einem Rechtsstaat, der die die Privatsphäre schützen und die Handlungsfreiheit des Einzelnen garantieren sollte. Mehr als dreieinhalb Jahrzehnte danach findet sich der Spätberliner Republikaner allerdings in einer ideologisch aufgeladenen grün-roten Transformationspolitik der vergangenen Ampel-Koalition beziehungsweise in einer sich durch Schulden und Aufrüstung „auszeichnenden" Großen Koalition der Jahre 2025 und 2026 wieder: Der Staat wächst, reguliert, überwacht und greift in Eigentumsrechte ein. Er tut dies nicht mit den groben Werkzeugen einer Geheimpolizei oder mit der offenen Tyrannei einer Parteidiktatur, sondern im Gewand

einer viel beschworenen Alternativlosigkeit, des vermeintlichen Schutzes der Demokratie und des sogenannten Gemeinwohls.

„Mit dem Rückgang des Verständnisses für die Wirkungsweise der *freien Marktwirtschaft ging auch die Erkenntnis dessen, was von ihrer Existenz abhing, immer mehr verloren*“ (1) (Friedrich August von Hayek über den Siegeszug der (national)sozialistischen Planwirtschaft über den freien Markt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der einige Gemeinsamkeiten mit den Entwicklungen in der Spätberliner Republik aufweist).

„*Immer mehr Deutsche wollen ihrer Heimat mit den wachsenden Schuldenbergen und dem überforderten Staatswesen den Rücken kehren. Wer allerdings glaubt, jeder Bürger habe die Freiheit, mit seinem Hab und Gut unbehelligt fortgehen zu können, täuscht sich*“ (2) (Dorothea Siems: Wie Deutschland seine Bürger an der „Republikflucht“ hindert, *Welt*, 17. August 2025).

„*Man darf es den Wessis nicht übel nehmen, es ist ihre erste DDR*“ (Populärer Spruch, der ursprünglich aus der Nachwendezeit stammt und damals das Zusammenprallen zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme im „wilden Osten“ beschrieben hat. Heute wird er humorvoll auf die in vielen Teilen dysfunktional gewordene, aktuelle Bundesrepublik und ihre betriebsblinden westdeutschen Bewohner bezogen).

Wer die vier wichtigen Säulen des DDR-Herrschaftssystems — Blockparteien, Staatsfunk, Überwachung und Enteignung — analytisch isoliert und sie mit den Realitäten der gegenwärtigen Politik vergleicht, stößt auf wohlgemerkt strukturelle Parallelen, die

grundlegende Fragen nach der Reichweite staatlicher Intervention in einer modernen Republik aufwerfen. In der DDR diente das System der Nationalen Front dazu, parlamentarische Vielfalt vorzutäuschen, wo in Wahrheit ein monolithischer Machtblock herrschte. CDU, LDPD, NDPD und DBD waren keine echten Alternativen zur SED, sondern fungierten als Blockparteien mit der Aufgabe, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen einzubinden und auf die Linie der Führung einzuschwören. Wer das System prinzipiell infrage stellte, stand außerhalb des zugelassenen Diskurses. Betrachtet man die aktuelle politische Landschaft der Bundesrepublik, lässt sich eine verblüffende strukturelle Verdichtung erkennen. Zwar existieren freie Wahlen und ein Vielparteiensystem, doch der inhaltliche Korridor dessen, was als demokratisch legitim gilt, hat sich drastisch verengt. Unter der Ägide der ehemaligen Ampel-Regierung und fortgeführt durch die Regierungsübernahme der Großen Koalition unter der CDU von Friedrich Merz und der SPD hat sich ein parlamentarischer Kartellkonsens herausgebildet. In den grundlegenden Fragen der Staatsräson — von der enormen Steuer- und Abgabenlast über die schleichende Aufweichung der Schuldenbremse durch Sondervermögen, die Migrationspolitik bis hin zu den Grundannahmen der staatlich gelenkten Energiewende — unterscheiden sich die etablierten Parteien nur noch in Exekutivdetails, kaum jedoch im ideologischen Fundament.

> ***Die Folgen dieser Entwicklung treten offen zutage und manifestieren sich in verschiedenen Mechanismen des Machterhalts. Zum einen dient die Errichtung von sogenannten Brandmauern als Ausgrenzungsmechanismus (3): Anstatt politische Auseinandersetzungen über Argumente und ordnungspolitische Prinzipien zu führen, werden Oppositionsparteien oder unliebsame marktwirtschaftliche und konservative Strömungen moralisiert und aus dem Diskurs gedrängt.***

Ein Beispiel hierfür war und ist die parteiübergreifende Abstimmungspraxis bei der Besetzung von Bundestagsausschüssen und Richterstellen, bei der parlamentarische Gepflogenheiten zugunsten einer formal isolierenden Bündnispolitik gebeugt werden. Was in der DDR die Vokabel „konterrevolutionär“ war, ist heute der Vorwurf der Schadhaftigkeit für die Demokratie. Zum anderen entstehen Allianzen der Erforderlichkeit, in denen die Große Koalition als Machtbündnis der Arithmetik agiert und fundamentale Reformen blockiert. Die CDU hat dabei ihre ordnungspolitischen Wurzeln weitestgehend aufgegeben, um regierungsfähig mit der SPD zu bleiben, was sich etwa in der gemeinsamen Verlängerung der Mietpreisbremse oder der Beibehaltung staatlicher Preiseingriffe im Energiesektor zeigt. Hinzu kommt das Phänomen einer staatlich finanzierten Zivilgesellschaft. Wie in der DDR, wo Massenorganisationen wie die FDJ oder der FDGB als Transmissionsriemen der Staatsideologie dienten, alimentiert der Bundesstaat heute ein dichtes Netz aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über Förderprogramme wie „Demokratie leben!“. Wenn NGOs, die aktiv Demonstrationen gegen Parlamentsentscheidungen oder Oppositionelle organisieren, direkt am Tropf des Finanzamts hängen, verlieren sie ihre Funktion als unabhängige Staatskritiker und werden zu Erfüllungsgehilfen des bestehenden Parteiengefüges. Eine funktionierende Ordnung lebt jedoch vom Wettbewerb der Ideen, von der Konkurrenz um die besten Lösungen und vor allem von der Begrenzung der Staatsmacht. Wenn alle potenziellen Regierungsparteien in der Grundannahme übereinstimmen, dass der Staat das Leben der Bürger bis ins Detail planen, steuern und finanzieren müsse, verkommt das Parlament zum Akklamationsorgan einer alternativlosen Exekutive.

Gleiches zeigt sich im Medienbereich: Die DDR besaß mit der „Aktuellen Kamera“ und dem „Schwarzen Kanal“ Medien, die keinen Hehl daraus machten, dass ihr primärer Zweck die Erziehung des Bürgers zum sozialistischen Menschen war.

> ***Information war kein Konsumgut auf einem freien Markt, sondern ein Erziehungsmittel im Dienste der Staatsräson.***

Kaum jemand behauptet, dass das deutsche System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der plumpen Propaganda früherer Jahrzehnte identisch sei, doch die funktionale Ähnlichkeit im Hinblick auf den Framing-Auftrag ist unübersehbar. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziert sich über eine gesetzlich erzwungene Abgabe, die unabhängig von der tatsächlichen Nutzung von jedem Haushalt eingetrieben wird, was im ökonomischen Kern einer Sondersteuer auf das bloße Wohnen zur Finanzierung eines staatlich-medialen Komplexes entspricht. In der Berichterstattung herrscht vielfach ein betreuter Diskurs: Anstatt wertfrei zu berichten, verstehen sich weite Teile der Redaktionen als Haltungsmagazine, die den Bürger nicht nur informieren, sondern orientieren, ihm die Dinge „einordnen“ wollen. Dies zeigt sich konkret in der wiederholten sprachlichen Geringschätzung abweichender Meinungen in Primetime-Formaten oder bei der einseitigen Auswahl von Studiogästen, bei denen Vertreter staatlicher Gremien und subventionierter Thinktanks dominieren, während marktkonforme Ökonomen oder regierungskritische Journalisten eher rar gesät sind.

Narrative über den Klimawandel, den Sozialstaat oder die europäische Integration werden oft alternativlos gerahmt. Die Trennlinie zwischen Staat und Rundfunk existiert zudem in Teilen nur auf dem Papier, da die Rundfunk- und Verwaltungsräte der Sendeanstalten intensiv mit Vertretern der regierenden Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und staatsnahen Verbänden besetzt sind. Während freie Medienplattformen und digitale Journalisten unter dem Druck von behördlich zertifizierten Faktencheckern und Regulierungsbehörden wie den Landesmedienanstalten stehen — was bis zur Androhung von Bußgeldern oder Löschungen bei missliebiger Berichterstattung reicht —, wächst das Budget des

öffentlich-rechtlichen Rundfunks ungehindert weiter. Die Verweigerung einer grundlegenden Strukturreform durch die Politik stabilisiert einen Apparat, der sich selbst als Hüter der einzig zulässigen Wahrheit inszeniert. Wer gelernt hat, zwischen den Zeilen staatlich geprägter Medien zu lesen, wendet diese analytische Fähigkeit unwillkürlich beim Betrachten moderner Nachrichtenformate an. Die gezielte Auslassung von Fakten, die Verwendung von ideologisch aufgeladener Sprache, permanente Wiederholungen von „Alternativlosigkeiten“ und die permanente Moralisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge erzeugen gerade bei Ostdeutschen ein schmerzhaftes Gefühl des Wiedererkennens (4).

Auch im Bereich der Sicherheitsarchitektur verblasst die Trennlinie. Das Ministerium für Staatssicherheit war das Herzstück des DDR-Totalitarismus mit dem Ziel der lückenlosen Erfassung der Bevölkerung, der Zersetzung abweichender Meinungen und der Prävention jedweder Systemkritik nach dem Dogma, alles wissen zu wollen. In der Bundesrepublik der Merz-Ära existieren zwar keine physischen Spitzel an jeder Straßenecke, doch die moderne Überwachung kommt digitaler und unter dem Vorwand der Sicherheit, des Schutzes vor Kriminalität und der Bekämpfung von „Hass und Hetze“ im Netz daher. Die Stoßrichtung bleibt vergleichbar, denn der Staat misstraut seinen Bürgern (5), kehrt das Grundprinzip der Unschuldsvermutung um und steuert Schritt für Schritt auf das Idealbild des gläsernen Bürgers zu. Diese systematische Zerstörung der Privatsphäre vollzieht sich über zwei zentrale Säulen: die digitale Kontrolle auf der einen Seite und die finanzielle Überwachung auf der anderen Seite, die in eine zunehmend lückenlose Erfassung der menschlichen Verhaltensweisen münden.

> ***Die konkreten Werkzeuge dieser modernen Überwachungsarchitektur zeigen sich an verschiedenen Stellen. Die von der EU vorangetriebenen und von***

> ***deutschen Regierungen durchgepeitschten Pläne zur Verschlüsselungsaufweichung und Chatkontrolle kommen einem digitalen Postgeheimnis-Bruch gleich, da Millionen privater Nachrichten automatisiert gescannt werden sollen (6).***

Was früher das Dampfgerät der Postabteilung der Stasi war, ist heute der Scan-Algorithmus auf dem privaten Smartphone. Eine besonders verhängnisvolle Entwicklung des Digital Services Act und nationaler Initiativen ist zudem die Institutionalisierung von staatlich geförderten Meldestellen für sogenannte Hassrede, bei denen Bürger dazu angehalten werden, Äußerungen zu melden, die ausdrücklich unterhalb der rechtlichen Strafbarkeitsgrenze liegen. Wenn behördlich anerkannte Stellen Daten über Bürger sammeln, die sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Meinungsfreiheit bewegen, überschreitet Politik dann allerdings die Grenze vermeintlich überparteilicher Neutralität hin zum Gesinnungsstaat (7). Gleichzeitig agiert der Verfassungsschutz zunehmend als Schutzbehörde für die Regierung: Der Phänomenbereich der „Delegitimierung des Staates“ wird genutzt, um selbst scharfe Kritik an behördlichen Maßnahmen — wie sie etwa bei Migrationsprotesten oder Steuerkritik geübt wird — als verfassungsfeindlich einzustufen.

In einer freiheitlichen Ordnung hat der Bürger jedoch das Recht, den Staat kritisch zu hinterfragen, da dieser das Werkzeug des Bürgers ist und nicht sein Eigentümer. Abgerundet wird dies durch eine finanzielle Gläsernheit: Über die Absenkung von Bargeld-Obergrenzen auf 10.000 Euro auf EU-Ebene, nationale Versuche zur Einführung noch niedrigerer Schwellenwerte, die verdachtsunabhängige Abfrage von Kontendaten über das Bundeszentralamt für Steuern sowie den schrittweisen Aufbau von Immobilien- und Vermögensregistern schafft der Staat die Voraussetzungen für die totale finanzielle Transparenz. Ein Staat, der jederzeit weiß, wie, wo und wofür seine Bürger ihr Geld

ausgeben, besitzt die absolute Kontrollmacht über das Individuum. Die Verfechtung der Privatsphäre ist keine bürgerlich-akademische Spielerei, denn ein Staat, der alles über seine Bürger weiß, wird sie irgendwann beherrschen. Die Rekonstruktion des Überwachungsapparats unter dem Deckmantel der Prävention ist vielmehr der direkte Pfad in den Untertanenstaat.

In ökonomischer Hinsicht war die DDR das Lehrstück einer gescheiterten Kommandowirtschaft. Die Enteignung von Großbetrieben, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die Auslöschung des privaten Unternehmertums führten nicht zu Wohlstand, sondern zu Mangel, Substanzverlust und ökonomischem Kollaps. Eigentum war in der DDR kein unantastbares Recht, sondern eine Leihgabe des Staates, gebunden an die Wohlverhaltenspflicht des Bürgers. In der Bundesrepublik der Gegenwart wird das Eigentum nicht mehr durch spektakuläre Verstaatlichungsdekrete beschlagnahmt, sondern die moderne Enteignung verläuft subtiler, buchstabengetreuer und juristisch verpackt. Das Resultat kann für Bürger und Unternehmer jedoch in bestimmten Bereichen ähnlich sein: ein Verlust an wirtschaftlicher Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen (8). Dieser Prozess lässt sich auch strukturell vergleichen, denn während die DDR auf die offene Verstaatlichung und eine reine Planwirtschaft setzte, nutzt die Berliner Republik der Jahre 2025 und 2026 das Modell der kalten Enteignung über exzessive Steuern und ausufernde regulative Auflagen.

Die Mechanismen dieser schleichenden Dekapitalisierung sind vielfältig. Deutschland weist im internationalen Vergleich eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten auf (9). Wenn dem leistungswilligen Bürger über die Progression der Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und indirekte Abgaben mehr als die Hälfte seines erarbeiteten Einkommens entzogen wird, handelt es sich um eine teilsystemische Teilenteignung, während die ausufernde Geldschöpfung der

Europäischen Zentralbank wie eine stille Enteignungssteuer auf die Ersparnisse wirkt. Hinzu kommt die Regulierung als kalte Enteignung: Das inzwischen mehrfach veränderte Gebäudeenergiegesetz mit seinen zeitweisen geltenden Vorgaben zum Austausch beziehungsweise zur Umstellung von Heizungen sowie die schrittweise Verschärfung der EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie zeigen, wie Eigentumsrechte ausgehöhlt werden. Wenn der Staat einem Immobilieneigentümer Sanierungspflichten auferlegt, deren Kosten den eigentlichen Verkehrswert des Objekts im ländlichen Raum teilweise übersteigen — ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit —, verbleibt dem Bürger zwar der Grundbucheintrag, die wirtschaftliche Entscheidungsgewalt wandert jedoch zwangsläufig früher oder später zum Staat.

Unter dem Vorwand der Transformation greift der Staat zudem über Klimaplanwirtschaft und Industriepolitik massiv in den Markt ein. Anstatt dem Wettbewerb und der Preisbildung zu vertrauen, werden zweistellige Milliardenbeträge an Subventionen für Großprojekte wie Halbleiterfabriken oder grünen Wasserstoff bereitgestellt, während Mittelständler durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und ausufernde ESG-Berichtspflichten bürokratisch erdrückt werden.

Schließlich stellt die Aufweichung fiskalischer Disziplin durch ständige Sondervermögen, sei es für die Infrastruktur, die Bundeswehr oder den Klimatransformationsfonds, eine Enteignung künftiger Generationen dar.

> ***Es ist eine Schuldenwirtschaft, die in ihrer Verschleppung struktureller Probleme dem letzten Jahrzehnt der DDR ähnelt: Man lebt von der Substanz, schiebt notwendige Strukturreformen auf und wälzt die Zeche auf die ohnehin wenigen Nachkommen ab.***

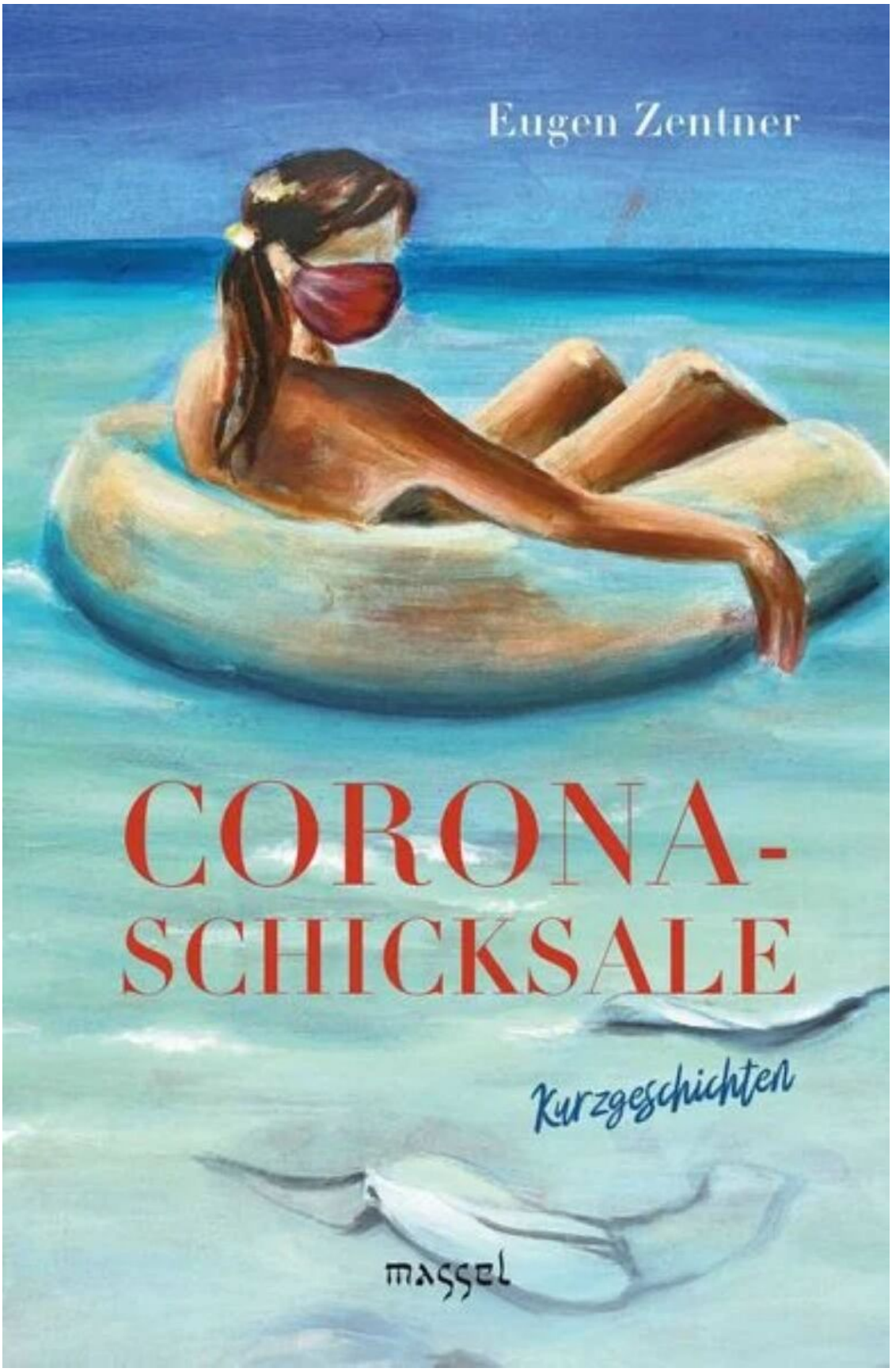
Privateigentum ist jedoch das Fundament jeder menschlichen Freiheit, und wenn der Staat festlegt, was produziert werden darf, wie gewohnt werden muss und wer wie viel von den Früchten seiner Arbeit behalten darf, bewegt sich eine Gesellschaft im Eiltempo zurück in eine Lenkungswirtschaft.

Dass so viele Menschen in Deutschland diesen schleichenden Umbau akzeptieren und es so wenig Widerstand gegen das Anwachsen des Staates gibt, liegt in einer tiefsitzenden Kultur des Paternalismus begründet. Diese wurde zwar in ganz Deutschland gepflegt, hat im Osten jedoch durch vierzig Jahre Diktatur besonders tiefe, negative Spuren hinterlassen. Viele Bürger wurden über Generationsgrenzen hinweg daran gewöhnt, dass der Staat für alles zuständig sei: für den Arbeitsplatz, die Wohnung, die Kinderbetreuung, die Moral und die Rettung vor den Risiken des Lebens. Heute zeigt sich die volle Entfaltung eines Nanny-Staates, der nicht mehr als unparteiischer Schiedsrichter auftritt, sondern als Erzieher. Er greift über Regularien zur Ernährungs- und Werbepolitik, staatliche Sprachleitfäden in öffentlichen Behörden und Universitäten sowie Erziehungskampagnen zur richtigen Alltagsmoral direkt in die Lebensführung ein. Diese Entwicklung erzeugt eine gefährliche Dynamik der erlernten Hilflosigkeit, bei der der Bürger die Verantwortung für sein eigenes Leben an staatliche Institutionen abgibt und bei jedem wirtschaftlichen oder sozialen Problem nach Subventionen, Deckeln und Rettungsschirmen ruft. Gleichzeitig führt der staatlich kontrollierte Diskurs zu einem Verlust an Zivilcourage: Die Menschen verlegen sich auf eine Sprachspaltung, sagen öffentlich das, was gefahrlos ist, und reservieren die ehrliche Meinung für den privaten Raum, was eine direkte Parallele zum DDR-typischen, bipolaren Bewusstsein darstellt. Wenn der Staat zudem Meldestellen einrichtet und Bürger dazu ermutigt, Arbeitskollegen oder Nachbarn wegen unbotmäßiger, wenn auch legaler Äußerungen zu verpfeifen, entsteht eine Denunziationskultur, durch die eine Gesellschaft ihr soziales Kapital und gegenseitiges Vertrauen verliert.

Wie viel DDR steckt also in der BRD? Die Antwort auf diese zugegebenermaßen polemische Fragestellung erfordert sachliche Differenzierung, denn die Berliner Republik ist kein Schießbefehl-Regime, sie sperrt politische Gegner nicht in Bautzen ein, und sie betreibt keine offene Mauersperre. Eine direkte Gleichsetzung würde das konkrete Leid der Opfer der SED-Diktatur verharmlosen. Doch wenn der Blick nicht auf die äußeren Symbole, sondern auf die Strukturprinzipien der Herrschaft gerichtet wird, fällt die Bilanz nachdenklich aus. Die Neigung zur Monopolisierung von Meinung, der Hang zur Überwachung der Kommunikation, die Aushöhlung des Privateigentums durch regulative und fiskalische Exzesse sowie das Errichten eines konsensfixierten Parteienkartells tragen unverkennbar Parallelen zum bevormundenden Sozialismus. Gerade der ostdeutsche Erfahrungsschatz kann hierbei als Frühwarnsystem fungieren, da die historische Erfahrung lehrt, wie eine Demokratie aussieht, wenn sie stufenweise entkernt wird, und wie sich eine Ökonomie anfühlt, die den Preisbildungsmechanismus durch staatliche Verordnungen ersetzt.

Eine tragfähige Zukunftsordnung erfordert daher die Rückbesinnung auf Grundprinzipien der Selbstbestimmung durch echte Gewaltenteilung und Föderalismus, das Aufbrechen von Parteienkartellen durch die Begrenzung von Mandatszeiten und die Reduzierung staatlicher Parteienfinanzierung. Ebenso notwendig sind die Abschaffung von Zwangssystemen durch die Umwandlung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ein freiwilliges Pay-TV-Modell, ein radikaler Abbau der Überwachung durch das Verbot von Chatkontrollen und Vorratsdatenspeicherung sowie ein konsequenter Eigentumsschutz durch Steuersenkungen, Vertragsfreiheit und die drastische Reduktion der Staatsquote. Die Umbrüche von 1989 waren keine Demonstrationen für mehr Sozialstaat oder Bürokratie, sondern ein Plädoyer für Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung, und es bleibt die zentrale Aufgabe der Bürger, diesen Freiheitsraum gegenüber einem stetig expandierenden Staat zu verteidigen — und zwar in West wie Ost.

Dafür wird es allerhöchste Zeit.



Hier können Sie das Buch bestellen: Druckausgabe (https://buchshop.bod.de/besserwessi-und-jammerossi-kein-happy-end-sven-brajer-9783696787646) und **E-Book** (https://www.amazon.de/Besserwessi-Jammerossi-kein-Happy-End-ebook/dp/B0HQC2NG5F/ref=sr_1_1?__mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&crid=1S9HGBDOTAWJN&dib=eyJ2IjoiMSJ9.9ZVpVF2XsSYAUlcbtaxDzmjPFDyqAJERww-q8gEptTFTuoJaciQ75C3RYQSdF3snV-c6Yy9zP78jClpg0381ycvZfwJK-hL5ZU_0AoJxGHbKtqM5NG7lQvbxSjs8EFwNVUgXFKAFx_F-L-Ariq1usndkdxvBpWye9OjcwtgpwJQswaefueSWhUBlgFDoTeYO._BJNDQV7Sa5tioZJWwAoaFXCbKwbr-239LUNVqhO_mw&dib_tag=se&keywords=Sven+Brajer&qid=1794498581&sprefix=sven+brajer%2Caps%2C748&sr=8-1).



Sven Brajer ist promovierter Historiker sowie Museologe und Journalist. Der gelernte Einzelhandelskaufmann studierte an der TU Dresden Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind: deutsche und europäische Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, besonders Parteien und Bewegungen, Revolutionsforschung, Ostdeutschland, Geopolitik mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa. Im Frühjahr 2023 erschien sein Buch: „**Die (Selbst)Zerstörung der deutschen Linken. Von der Kapitalismuskritik zum woken Establishment** (https://mediashop.at/buecher/die-selbstzerstoerung-der-deutschen-linken/)“. Weitere Informationen unter **imosten.org** (https://imosten.org/).